

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir alle müssen sparen - aber nicht bei uns. Das ist ein bekannter Reflex, wenn der Staat Sparpläne präsentiert. Mit dem Vorwurf, Gruppeninteressen vor das Gemeinwohl zu stellen, sind auch gemeinnützige Lobbybündnisse wie die Allianz pro Schiene konfrontiert, wenn sie gegen Sparpläne protestieren. Um den Gruppenegoismusvorwurf zu entkräften und mit möglichst vielen Sachargumenten gegen die vom Bund beabsichtigte Kürzung von 3,3 Milliarden Euro im Nahverkehr in den kommenden vier Jahren zu protestieren, präsentieren wir Ihnen heute ein großkoalitionäres Verbändebündnis.

Einen Tag vor der Entscheidung im Bundesrat appellieren die Allianz pro Schiene, der Deutsche Naturschutzring, der Deutsche Gewerkschaftsbund und der Deutsche Städte- und Gemeindebund an die Ministerpräsidenten, den Milliarden-Kürzungen nicht zuzustimmen. Die drei erstgenannten Verbände vertreten gemeinsam 13 Millionen Menschen in Deutschland. Der Städte- und Gemeindebund zusätzlich 12.500 Kommunen mit 47 Millionen Einwohnern.

13 Millionen verbandlich organisierte Bürgerinnen und Bürger, die sich gegen die Kürzung der so genannten Regionalisierungsmittel wenden, mit denen der Bund den Öffentlichen Personennahverkehr in den Bundesländern bezuschusst. Betroffen von den Kürzungen wären aber noch viel mehr Menschen. Insgesamt 27 Millionen, die Tag für Tag Bus- und Bahn benutzen.

Worum geht's? Seit Jahrzehnten reden Politiker von der Stärkung des umweltfreundlichen und sicheren Schienenverkehrs. Die konkrete Politik der jeweiligen Bundesregierungen hat mit diesen Ankündigungen nie Schritt gehalten. Einzig im Schienenpersonennahverkehr haben die schwarz-gelbe und die rot-grüne Bundesregierung so gut wie alles richtig gemacht. Im Zuge der 1993 beschlossenen Bahnreform ist die Verantwortung für die Verbesserung des Schienenpersonennahverkehrs vom Bund auf die Länder übergegangen, die dafür vom Bund einen über mehrere Jahre festgeschriebenen Betrag bekommen. 1997 rund 6,2 Milliarden Euro, aktuell rund 7 Milliarden Euro.

Mit einer für den Schienenverkehr in Deutschland beispiellosen Investitionsoffensive haben die Länder neue Fahrzeuge bestellt, in die Infrastruktur investiert, die Kundenorientierung der Verkehrsunternehmen durch Wettbewerb auf Trab gebracht und das Angebot für die Kunden ausgeweitet.

Das Ergebnis: 27 Prozent mehr Fahrgäste im Schienenpersonennahverkehr in acht Jahren, bei einem Anstieg der Regionalisierungsmittel von lediglich 14 Prozent. Das heißt, die Anbieter des Schienenpersonennahverkehrs werden immer effizienter und besser – und das von Jahr zu Jahr.

Die Menschen honorieren das. Scharenweise steigen sie vom Auto in Öffentliche Verkehrsmittel um. Noch nie sind so viele Menschen in Deutschland Bahn gefahren wie heutzutage. Die Fußball-Weltmeisterschaft demonstriert es eindrucksvoll: Nur mit dem Platz sparenden und im Vergleich zum Pkw effizienteren öffentlichen Verkehr können die Menschenmassen so schnell und komfortabel zu den Stadien transportiert werden. Und ausgerechnet jetzt, wo wir alle ein Loblied auf den ÖPNV singen müssten, will der Bund

dauerhaft das Geld für den Öffentlichen Personennahverkehr dramatisch zusammenstreichen.

Wollen die Politiker unseren vorbildlichen Nahverkehr nach der WM tatsächlich in die Regionalliga absteigen lassen?

So kurzsichtig und widersprüchlich kann Politik, darf Politik nicht sein.

Die Folgen der Milliardenkürzungen wären verheerend: Die Ticketpreise würden um bis zu 10 Prozent steigen, das Angebot würde drastisch ausgedünnt, ganze Regionen würden vom Schienenverkehr komplett abgehängt, die Menschen würden zwangsweise zurück in das Auto gedrängt.

Eine finanzielle Entlastung für die öffentliche Hand würde es durch die Kürzung der Nahverkehrsgelder ebenfalls nicht geben. Die Folgekosten des motorisierten Individualverkehrs wie Umweltschäden und Unfallkosten übersteigen die beim Bund eingesparte Summe um ein Vielfaches.

Unterm Strich wäre die beabsichtigte Milliarden-Kürzung im Nahverkehr:

- ökologisch kontraproduktiv,
- sozial ungerecht,
- ökonomisch haarsträubend,
- Arbeitsplatz vernichtend und
- ein Angriff auf die freie Verkehrsmittelwahl.

Deshalb wehren wir uns gegen die von Bundesregierung und Bundestag bereits beschlossenen Kürzungen im Nahverkehr und appellieren an den Bundesrat, auf seiner morgigen Sitzung den Vermittlungsausschuss anzurufen.

Die Länder haben bereits einen Kompromissvorschlag unterbreitet, der aus unserer Sicht an die Grenze des Verkräftbaren geht. Dieser sollte die Basis für eine Einigung sein. Meine Damen und Herren, der Nahverkehr darf nicht unter die Räder kommen. Es gibt keinen sachlichen Grund, die Erfolgsgeschichte des Schienenpersonennahverkehrs durch rabiate Kürzungen zu zerstören und den Menschen die Alternative zum Auto zu nehmen.

Was die Kürzungspläne im Einzelnen für die Bevölkerung, die Umwelt und die Kommunen bedeuten würden, hören Sie jetzt von meinen Kollegen.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.